

# Etappensieg für Agglolac und Kallnach-Kiesgrube

**Nidau-Biel/Kallnach** Der Grosse Rat des Kantons Bern bewilligt die millionenschweren Rahmenkredite für die Rettungsgrabungen auf dem Gelände der geplanten Überbauung Agglolac und jenem der projektierten Kiesgrube im Challnechwald.

Marc Schiess

Die Deutlichkeit der Abstimmungsergebnisse, insbesondere beim umstrittenen Kallnach-Projekt, erstaunte selbst die optimistischsten Projektbeteiligten: Der Rahmenkredit für die Rettungsgrabungen im Gebiet der geplanten Kiesgrube wurde mit 112 Ja zu 19 Nein-Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen.

Wie erwartet noch besser lief es für Agglolac, die geplante Überbauung auf dem ehemaligen Expo.02-Areal zwischen Biel und Nidau. 129 Grossrätinnen und Grossräte stimmten dem 15,5-Millionen-Franken-Kredit zu. Dem gegenüber standen nur fünf Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen.

Über den Entscheid erfreut zeigten sich die Stadtpräsidenten von Biel und Nidau. «Der Kantonsbeitrag ist eine wichtige Voraussetzung, dass wir das Projekt realisieren können», sagte Sandra Hess. Die Nidauer Gemeindepräsidentin (FDP) sprach von guten Signalen im Vorfeld, die Grossratsmitglieder hätten sich sehr für das Projekt interessiert und sich darüber informiert. Das habe sie zuversichtlich gestimmt.

## Perfekter Standort

Als «wichtiges Puzzleteil für Agglolac» bezeichnete Biels Stadtpräsident Erich Fehr (SP) das Resultat. «Es ist ein wichtiges Zeichen, dass sich auch die Grossrätinnen und Grossräte bewusst waren, dass es sich um einen absolut einmaligen Entwicklungsstandort handelt.» Einerseits, weil er nur wenige Gehminuten vom Bahnhof Biel entfernt liege, andererseits, weil er sich in unmittelbarer Nähe eines künftigen Autobahnanschlusses befinde. «Raumplanerisch viel zweckmässiger geht nicht», so Fehr. «Ich bin auch zuversichtlich, dass wir das Geschäft eines Tages erfolgreich bringen werden.» Noch sei aber viel Arbeit nötig. Die Grundidee hinter Agglolac sei einleuchtend: «Wir leben im Zeitraum der modernen Raumplanung, man muss dort verdichten, wo die Erschliessung gut ist.»

Ähnliche Emotionen waren aus Kallnach zu vernehmen. Fritz Hurni ist Präsident des Verwaltungsrates der Hurni Kies- und Betonwerk AG, die die Kiesgrube

**Prähistorische Grabungen** wurden auch auf dem neuen Areal von Swatch und Omega vorgenommen (Aufnahme vom Oktober 2013).

og/a



ausheben wird. Hurni interpretiert das trotz der intensiven Diskussion deutliche Resultat des Grossen Rates als Anerkennung für die Notwendigkeit und Wichtigkeit einer funktionierenden Kiesversorgung im Seeland.

Erleichterung verspürte auch der Gemeindepräsident von Kallnach, Werner Marti (SVP): «Ich bin froh, ist das Resultat so klar.» Für Kallnach sei es gut, dass das Kiesgrubenprojekt so gestärkt werde. Wäre der Kredit abgelehnt worden, hätte er dies nicht nachvollziehen können: «Es wäre komisch gewesen, wenn der Kanton, der unser Region den Auftrag gab, einen Standort zu suchen und wir Kallnach als besten Standort evaluierten, dann das Projekt schlussendlich ablehnt.»

Sein Bruder Willy Marti (SVP) weibelte am Morgen im Grossrat noch vehement für seine Gemeinde. «Die Kiesgrubenge-

schichte wird bei uns seit zehn Jahren besprochen und behandelt.» Diverse Einigungen hätten getroffen werden müssen und grosse Summen seien für die Vorarbeiten ausgegeben worden. «Wenn der Grosse Rat nicht zustimmt, kann das in Kallnach nicht verstanden werden», schloss er mit der gleichen Logik wie sein Bruder.

Unterstützung kam auch von Bernhard Pulver (Grüne): Der zuständige Regierungsrat erklärte nochmals anschaulich die zwei Interessenabwägungen, die beim Challnechwald anstanden. «Die Bedeutung der Keltengräber ist so gross, dass man sie erhalten sollte. Andererseits haben wir ein ergiebiges Kiesvorkommen.» Hier sei das Interesse an einem ökologisch sinnvollen Projekt grösser. Bei der zweiten Interessenabwägung gehe es um den Umfang der Grabung. Hier seien

## Grabungen im Kanton

- Im Kanton Bern sind mehr als **3000 Fundstellen** bekannt und im Archäologischen Inventar verzeichnet. Neue Fundorte werden laufend aufgenommen.
- Die Kosten der vom Archäologischen Dienst durchgeführten Untersuchungen trägt der Kanton. Gemeinden und andere Trägerinnen und Träger öffentlicher Aufgaben haben sich jedoch nach ihren finanziellen Möglichkeiten im Rahmen von **10 bis 50 Prozent** an den Kosten zu beteiligen, soweit das betreffende Grundstück in ihrem Eigentum steht und sie die Untersuchung verursacht haben. Da Bodenfunde Eigentum des Kantons Bern sind, besteht eine **gesetzliche Meldepflicht**.

Quelle: Archäologischer Dienst Kanton Bern

wissenschaftliche Aspekte, das Budget, Gesetze über Heimat- und Denkmalschutz sowie die Interessen der Anwohner abzuwägen. Deswegen würden auch nur der mutmasslich wertvollste Teil der Funde ausgegraben.

Kritische Stimmen waren im Gegensatz zum Vortag nur noch wenige zu vernehmen. In einer hochemotionalen Rede befürchtete Michel Seiler (Grüne) nichts Gutes, wenn die Keltengräber gehoben würden: «Solche heilige Stätten zu vernichten, würde einen schwarzen Tag für die Schweiz bedeuten.»

## Agglolac unbestritten

Kritische Stimmen waren auch beim darauffolgenden Geschäft, dem Rahmenkredit für die Rettungsarbeiten auf dem Expo.02-Gelände, kaum zu vernehmen.

Peter Gasser (PSA) wies als Sprecher der vorberatenden Bil-

dungskommission auf den konstruktiven Dialog zwischen den verantwortlichen Instanzen und Betroffenen hin und dass Sondierungsarbeiten geholfen hätten, die Kosten zu reduzieren – und zwar massiv, wie Regierungsrat Bernhard Pulver später präziserte: Die ursprünglich veranschlagten 70 Millionen Franken schrumpften auf 28 Millionen. Dies weil mit den Sondierungsarbeiten festgestellt werden können, wo tief und wo weniger tief Funde zu erwarten seien.

An Philippe Messerli (EVP) war es dann, die versteckte Pointe der Geschichte zu erwähnen: «Offenbar haben bereits unsere Vorfahren das Wohnen am See zu schätzen gelernt. Es wäre Ironie, wenn dies jetzt das Projekt gefährdet.»

Weitere Artikel zum Thema: [www.bielertagblatt.ch/agglolac](http://www.bielertagblatt.ch/agglolac)

## «Wir haben uns mit der Pensionskasse vergaloppiert»

**Podium** Die Nationalrätin Doris Fiala (FDP) und Corrado Pardini (SP) debattierten am Dienstag über die umstrittene AHV-Plus-Initiative. Konsens gab es wenig, Initiativgegner ebenso.

Es schien sich vorerst alles gegen Doris Fiala (FDP) zu stellen. Kein freisinniger Nationalrat aus dem Kanton Bern liess sich offenbar für das im Rahmen der AHV-Plus-Kampagne organisierte Podium vom Dienstag erwärmen, weshalb die Nationalrätin eigens aus Zürich anreiste. Kaum diskussionsbereit, ging Fialas Lesebrille kaputt. Sie liess sich jedoch nicht beirren und setzte die Brille wo nötig einbügelig auf. Auch der Saal

schien, wie dies zu erwarten war, den FDP-Vertretern Doris Fiala und Leonhard Cadet gegenüber nicht wohlgesinnt angeeignet zu sein. Kaum überraschend bestand das etwa 40-köpfige Publikum im Vereinssaal des Kongresshauses Biel mehrheitlich aus Mitgliedern der Unia oder anderen Initiativ-Befürwortern und nur vereinzelt Vertretern der Initiativgegner, wohl grösstenteils Vertreter der Freisinnigen. Dies zeigte sich bereits bei Fialas ersten Äusserungen über die Initiative, die zehn Prozent mehr AHV-Rente verlangt, deutlich. Das Saalpublikum antwortete mit empörtem Raunen, Kopfschütteln und leisem Spotten.

## Fragen bleiben unbeantwortet

Seitens der Initiativbefürworter stellten sich SP-Nationalrat und Unia-Gewerkschafter Corrado

Pardini sowie Grüne-Stadtrat und Casanostra-Geschäftsführer Fritz Freuler – oder sie reagierten zumindest auf die Fragen von Moderator Tobias Graden, Wirtschaftsredaktor beim «Bieler Tagblatt». Denn insbesondere Pardini und ansatzweise auch Doris Fiala verstanden es, die gestellten Fragen lediglich als Initialzündung für ihre Argumententirade zu sehen. Die eigentlichen Antworten auf kritische Fragen des Moderators – etwa wie die Initianten gedanke, die dafür nötigen 800 Millionen Franken Bundesgelder zu decken – blieben für den Zuhörer oftmals unbeantwortet.

Dafür aber nutzten die Initianten sowie die Gegenseite die nahezu zwei Stunden Redezeit, um ihre Argumente ausgiebig darzulegen. So wurde Pardini nicht müde zu betonen, dass das Geld in der ersten Säule gut angelegt sei, in

den vergangenen Jahrzehnten jeglichen Verwerfungen der Finanzmärkte trotzte – im Gegensatz zu den Pensionskassen, die ein Mehrfaches der Lohnabzüge erhalten. Fiala und Cadetg hielten dagegen, dass nicht die 1. Säule isoliert angeschaut werden dürfe, sondern die Vorsorge als Ganzes überarbeitet werden müsse – und wiesen dabei auf die Reform der Altersvorsorge 2020. Diese wird derzeit im Parlament behandelt.

## Fiala hat «Lanze gebrochen»

Die Initiativgegner, insbesondere Doris Fiala, erachten die Initiative als «Maximalforderung, die zum Desaster führen könnte». Ausserdem nütze die Initiative nur sehr wenigen, die es wirklich benötigen – einigen Bezüglern von Ergänzungsleistungen schade sie gar, weil sie wegen durch die Steuerpflicht der AHV noch weni-

ger erhielten. Freuler bestätigte dies, betonte jedoch den weit grösseren Teil der Ergänzungsleistungen-Bezüglern, dem die Initiative etwas nütze. Die Initianten verwiesen dabei auf den Verfassung, welche festlegt, dass die 1. Säule im Alter existenzsichernd sein solle: «Es kann kein sinnvolles Modell sein, wenn die Ergänzungsleistungen ständig zunehmen», so Fritz Freuler.

Pardini wagte einen Rückblick auf jene Zeit, als auch die Linke, insbesondere die Gewerkschaften, in den Pensionskassen die Lösung für die Altersvorsorge sah. «Aber wir haben uns mit der Pensionskasse schlicht vergaloppiert», so Corrado Pardini. Es sei nun wichtig, die 1. Säule langfristig zu stärken. «Nun heisst es: Wurzeln schlagen, statt in den Himmel zu wachsen.» Freuler: «Sie sehen es doch selbst auf Ihrem Lohnaus-

weis: Jedes Jahr bezahlen wir mehr Beiträge ein und jedes Jahr sinkt unsere Rente.»

Ein Konsens schien aber zumindest beim Thema «Arbeiten im Alter» gefunden zu sein. Doris Fiala lehnte sich als Freisinnige gar aus dem Fenster, brachte als Best-Practice-Beispiel den «sehr sozialen Staat» Schweden, wie sie ihn selbst bezeichnete, der das Rentenalter flexibilisiert hat: Das reguläre Rentenalter ist 65, der Staat bietet jenen Pensionären, die weiterarbeiten wollen, aber gesicherte Arbeitsplätze bis 67 – «eine kecke Variante», so Fiala. Pardini hakte ein. «Damit hat Frau Fiala eine Lanze gebrochen – darauf komme ich im Parlament gerne zurück», so der Nationalrat. *Esthy Rüdiger*

Bisherige Artikel zum Thema: [www.bielertagblatt.ch/ahvplus](http://www.bielertagblatt.ch/ahvplus)